

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1916

256 (1.11.1916)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in d. Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postschalter monatl. 15 A, 1/2 Jährl. 2,25 A, Zugestellt durch unsere Träger 85 A bezw. 2,55 A, durch den Postbot. 80 A bezw. 2,67 A, durch d. Feldpost 90 A bezw. 2,80 A; vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 7-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelleile od. deren Raum 20 A. Platzanzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Sed & Cie., Karlsruhe.

Von rechts nach links.

Die erregten Verhandlungen des Reichstags vom 28. Oktober werden wohl recht vielen Anlaß zu nachdenklichen Betrachtungen geben.

Man war es die längste Zeit gewohnt, daß das Regierungsschiff gegen tüchtige Boen von rechts zu kämpfen hatte. Mangelnd schauten die beamteten Steuerleute nach dem gefährlichen Wetterwind. Am Samstag sprang aber der Wind auf einmal um. Er piffte aus der äußersten linken Ecke — ehe man sich dessen verlor, schlugen die Wellen über Bord, und eine kräftige Sturzflut ergoß sich über den sehr betroffenen Herrn Helfferich.

Und das war gut so. Einmal hatte es doch kommen müssen. In Mahnungen, Warnungen hatte es nicht gefehlt. In einzelnen Fällen hatte sie sogar gefruchtet. Aber der Fülle waren zu viel, der Hydra wuchsen für jeden abgeschlagenen Kopf zwei neue. Alles Erdenkliche war geschieden, um ohne Räum Abhilfe zu schaffen. Aber der gute Wille der Zivilbehörden scheiterte, soweit er überhaupt vorhanden war, an dem Widerstand der militärischen Stellen. Ich glaube, überall war der gleiche Wunsch vorhanden: Wenn die Regierung nur wirklich mit fester Hand eingriffe, um Ordnung zu schaffen! Wenn die Regierung nur regieren wollte oder regieren könnte!

Unmöglich wäre es, die Verantwortung für die geschehenen Absehlachtungen auf die allmächtigen Militärbehörden abzuwälzen. Auf solche Veruche müßte man mit dem alten politischen Spottvers antworten:

Was geht ihr der Regierung schuld
Und klagt sie schmächtig an?
Unschuldig ist sie ganz und gar,
Sie hat ja — nichts getan!

Aufgabe der Regierung war es hier, alles zu tun. Sie als Zivilregierung hatte ihren schützenden Schild über der bürgerlichen Freiheit zu halten und wenn es ihr nicht gelang, Abhilfe zu schaffen, so hatte sie die Pflicht, an der zureichenden Stelle um ihren Abschied anzusuchen.

Aber hier liegt eben der große Fehler. Die Zivilregierung kann nicht an allen Stellen mit der nötigen Autorität auftreten, weil sie nichts hat, worauf sie sich von unten her stützen kann.

Das ist gerade in der Samstag-Sitzung des Reichstags so klar wie nur möglich in Erscheinung getreten. Herr Helfferich steht allein. Der einzige Bundesgenosse, den er sich im Hause hätte schaffen können, verlagte. Der Rechten fällt es eben nicht ein, für die Regierung Bethmann-Helfferich die Schutztruppe abzugeben.

Von links angegriffen, von rechts verlassen — das war die Situation des 28. Oktober. Der Reichstag in Aufruhr gegen die Regierung! Das ist die Folge des unfähigen törichtsten Versuches, anstelle eines freiwilligen Burgfriedens, den man nach Möglichkeit gehalten hätte, einen erzwungenen zu setzen. Schon am 11. Oktober sagte ich: „Was wir jetzt erleben, ist der Bankrott des Belagerungszustandes und der Zensur“. — Nun hat man zu dem Bankrott auch noch den Standal.

Die Regierung kann nicht regieren, denn sie hat keine Parteien, auf die sie sich stützt. — Unter dem herrschenden System kann es ja überhaupt keine Regierungsparteien geben, d. h. Parteien, die bereit sind, sich mit der Regierung in die Verantwortung zu teilen. Wie soll denn eine Partei etwas mitverantworten, worauf sie keinen Einfluß hat, und was sie vielleicht nicht einmal kennt!

• Und darum gibt es keine Partei, auf die sich die Regierung verlassen kann.

Man hat ja wohl auch das Märchen erzählt, daß die Sozialdemokratie eine Regierungspartei sei. Wäre sie das jemals gewesen, so hätte sie am 28. Oktober aufgehört, es zu sein. Aber sie war es nie!

Selbst die Nationalliberalen, die doch den eigentlichen geschichtlichen Beruf dazu haben, sind keine richtige Regierungspartei mehr. Denn als Partei der Mitte gehen sie doch nicht den Weg der Regierung, sie greifen im Gegenteil die Regierung von links und rechts zugleich an. Sie kämpfen — zum großen Teil wenigstens — mit der Rechten für Zensurfreiheit und mit der Linken für Bürgerfreiheit. Für die Regierung ist das aber keine ganz angenehme Mischung.

Auf der Rechten wird man sagen: Bethmann hat den Reichstag aus der Hand verloren, dort geben jetzt gar schon die Röttesten der Roten den Ton an. Darum her mit dem starken Mann!

Ser mit dem starken Mann, sagen auch wir. Nur daß wir ihn uns etwas anders vorstellen. Stark durch das Vertrauen der Volksvertretung, auf das er sich stützen kann, stark nach allen Seiten, nirgends gezwungen, Komplimente und Konzessionen zu machen! Stark als Schlichter der Schwachen gegen Willkür und Gewalt!

Wenn uns nicht die Energie des Reichstags und die Einsicht der leitenden Stellen einen Systemwechsel bring-

gen, wie er den Wünschen des Volkes entspricht, dann wird das, was wir am Samstag im Reichstag erlebt haben, nur ein Vorspiel gewesen sein! Denn das Gefühl ist allgemein: So wie bisher, geht es nicht weiter!

Philipp Scheidemann.

Bindungen der landwirtschaftlichen Produktion.

Der in unserem vorigen Artikel erwähnte Vorschlag des altkonservativen zollgegnerrischen Agrariers Dr. Rudolf Meyer, den Grundbesitz von über 100 Hektar hinsichtlich des Wirtschaftsplanes unter Staatsaufsicht zu stellen, wurde von seinem Urheber, wie dessen weitere Aufsätze in der „Neuen Zeit“ zeigen, mit der Forderung der Aufhebung der Bälle auf notwendige Lebensmittel sowie der Ausfuhrprämien verbunden; nötigenfalls seien sogar Ausfuhrzölle zu empfehlen. R. Meyer forderte übrigens auch Arbeitszeitbestimmungen für die Landwirtschaft, schon im Interesse der Erhaltung der Volkskraft und Wehrfähigkeit. In zahlreichen Schriften hat er den Großen Generalstab darauf aufmerksam gemacht, daß zu frühe Arbeit der Kinder und zu lange Arbeitszeit der Erwachsenen die Wehrfähigkeit schwächen muß. Auf Grund eigener praktischer Erfahrungen als Landwirt führt er den Nachweis, daß höherer Arbeitslohn und Verminderung überlanger Arbeitszeit den Reinertrag der Unternehmung nicht herabdrückt, sondern schließlich steigert und daß die Regiekosten im umgekehrten Verhältnis zur Höhe der Arbeitslöhne stehen.

Der kapitalistische landwirtschaftliche Großbetrieb „entvölkert das Land und misset die Produktion“ — das ist Rudolf Meyers Grundgedanke. Wenn der Egoismus einer Volksklasse in dieser Weise mit dem Gesamtinteresse in Widerspruch gerate und dadurch die Nahrungsversorgung im Kriegsfall in Frage gestellt werde, während andererseits „das Geld in Hunderten von Millionen zu Kriegsvorbereitungen“ ausgegeben werde, dann „ist es an der Zeit, einem solchen staatsgefährlichen Egoismus den Zügel anzulegen“. In einem Artikel: „Das nahende Ende des landwirtschaftlichen Großbetriebes“ („Neue Zeit“ XI, 23) geht Rudolf Meyer noch weiter:

„Die Nationalisierung der Landwirtschaft — nicht bloß des Bodens, wie die Bodenerformer wollen, sondern auch der Ausbeutung des Bodens — wird sich vielleicht bald der heutigen Gesellschaft als unumgängliche Notwendigkeit aufdrängen, ehe noch die Diktatur des Proletariats zur Tatsache geworden ist.“

Und: Wenn der Großgrundbesitz wirklich in solcher Notlage ist, und wenn der Gesellschaft zur Erhaltung ihrer Nahrungsquellen „wirklich nur die zwei Wege offen stehen: entweder den Grundbesitzern jahreslang Hunderte von Millionen in die grundlosen Taschen zu werfen oder die Herren zu expropriieren, dann könnte selbst der heutigen kapitalistischen Gesellschaft bei aller Achtung vor dem Privateigentum die Sache schließlich zu hant werden, und sie könnte sich gedrängt sehen, den letzteren Weg einzuschlagen.“

Daß die Forderung der Staatsaufsicht für den Großgrundbesitz nicht undurchführbar wäre, zeigt Meyers Hinweis auf die Kontrolle des Wirtschaftsplanes der Domänenpächter. Bei den landwirtschaftlichen Domänen, die ja z. B. in Preußen noch reichlich vorhanden sind, findet der Staat zwar das System der Verpachtung vorteilhafter als das frühere der Eigenregie, aber das Interesse an der Verhinderung einer Deteriorierung des Staatsbesitzes durch gewinnstüchtige Pächter zwingt ihn, den Pächtern gewisse Beschränkungen der Anbaufreiheit einzuberleihen, die einen Anbau (z. B. mit Zuckerrüben) ausschließen. So ist auch der Verkauf von Kartoffeln und Rüben nur bedingungsweise gestattet und das Verbot des Stroh-, Ger- und Düngerverkaufs ohne Genehmigung soll die Galtung eines normalen Viehstandes sowie die Verwendung der für den Boden erforderlichen Stallmistmenge sichern. Die mecklenburgischen Domänenpachtverträge enthalten sogar Vorschriften über die Fruchtfolge. Namentlich für die letzten Nachjahre sind einschränkende Bestimmungen üblich. Auch in privaten Pachtverträgen finden sich manchmal ganz bestimmte Weisungen für die Bewirtschaftung, um Anbau zu verhindern und die „Statik des Betriebes“ zu sichern. Trotz solcher „Zwangslässigkeit“ der Produktion sind Pachtomänen meistens besser bewirtschaftet als andere landwirtschaftliche Großbetriebe, obwohl doch nach Batockis Theorie der Zwang den „Gipfel der Nervosität“ bedeuten soll.

Es liegen sich noch zahlreiche Beispiele von „Bindungen“ der Produktion anführen. Schon die alte Dreifelderwirtschaft brachte den Flurzwang für den Landwirt mit sich: Es konnten die in Gemengelage liegenden Grundstücke niemals nach Willkür und Belieben, sondern nur nach einem unabänderlichen Plane bebaut werden; der Zwang zu einer bestimmten Fruchtfolge und Brache ergab sich von

*) Siehe Nr. 253 unseres Blattes vom letzten Samstag.

selbst aus der durch die Nachbarschaft bedingten Zufahrtsmöglichkeit und aus den bestehenden Weiderechten an der Gesamtflur.

Doch auch der moderne und modernste landwirtschaftliche Betrieb ist auf manchen Gebieten mit vielen Einschränkungen der Produktionswillkür verknüpft. Der Zuckerrübenbauer muß den Samen von der Fabrik beziehen und sich eingehenden Vorschriften über Düngung und Feldbestellung unterwerfen; Inspektoren der Fabrik kontrollieren deren Einhaltung. Wieder ein „Gipfel der Nervosität“! Brennereien machen ihren Kartoffellieferanten ebenfalls gewisse Vorschriften. Ohne mit Batocki nervös zu werden, unterwerfen sich die Mitglieder von Zuchtverbänden den notwendigen Bedingungen bezüglich der Zucht, der genauen Führung der Zuchtbücher, Melkregister usw. und lassen sich kontrollieren, ob die Vorschriften eingehalten werden. Die Molkereigenossenschaften kommen auch nicht ohne Beeinflussung der Produktion aus (Vorschriften über Fütterung, Melkzeiten, Behandlung der Milch). Milchkontrollvereine, von deren segensreicher Wirksamkeit allerdings die bayerische Landwirtschaft noch so gut wie nichts kennt, zwingen ihre Mitglieder, sich die genaueste Stallkontrolle gefallen zu lassen. Richtig organisierte Viehwertergesellschaften haben den Lieferzwang eingeführt. Die Bildung von Zwangsgenossenschaften für Kulturunternehmungen und Bodenmelioration, die Körpergesetze, die staatliche Seuchenebekämpfung und vieles andere gehört ebenfalls hierher.

Wird durch das alles die „Produktionsfreiheit“ zerstört? Welche „Gemmung“ sollte für einen Landwirt liegen, wenn ihm unter dem Zwange der Kriegsnotwendigkeit, um die Brotgetreideproduktion im bisherigen Umfang zu sichern, durch das unparteiliche Gutachten sachverständiger Berufsgeoffenen (nicht durch verständnislose, schablonisierende Bureaufurten) gleich den übrigen die Auflage gemacht würde, seinen Anbauplan — den wirtschaftlichen Möglichkeiten und den Verhältnissen seines Betriebes entsprechend — den vaterländischen Erfordernissen anzupassen?

Sogar im Organ der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft hat die Forderung des Produktionszwanges ihr Echo gefunden. Der Vorstand des Deutschen Landwirtschaftsrats allerdings erklärt: Zwangsmassnahmen „beunruhigen und hemmen auf die Dauer die Gütererzeugung“. Der Großgrundbesitz — der kleine hat ja in den offiziellen Körperschaften keine Vertretung — findet es profitabler, an der Batockischen „Anreiz“-Theorie nicht rütteln zu lassen. Den Arbeitszwang gegen Diensthöter und Tagelöhner dagegen finden die Herren der Landwirtschaft selbstverständlich, und sie plädieren sogar für zwangsweise Heranziehung von Kriegerfrauen.

Die amtlichen Kriegsberichte.

Deutscher Tagesbericht.

Weitere Angriffe im Westen und Osten blutig abgewiesen. — Fortgesetzte Erfolg gegen die Rumänen.

Großes Hauptquartier, 31. Okt. (M.B. Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Angünstige Witterungsverhältnisse schränken die Gefechtsfähigkeit an der Somme ein. Abteilungen des Gegners, die gegen unsere Stellungen nordöstlich und östlich von Vesboeufs vorgingen, wurden durch Feuer zurückgetrieben. Der gegen La Maisonnette gerichtete Angriff einer französischen Kompanie scheiterte; ebenfalls blieben Versuche, mit Sandgranatentruppen in unsere neuen Gräben südlich von Biaches einzudringen.

Ein Angriff starker französischer Kräfte gegen Ab. Laincourt und beiderseits der Straße Chaumes. Dikons kam in unserem Abwehrfeuer nicht zur Durchführung.

Seeresgruppe Kronprinz.

Auch im Maasgebiet war es ruhiger als in den Vortagen, nur in der Gegend von St. Mihiel erreichte das Artilleriefeuer zeitweilig größere Stärke.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Im Morgengrauen griff der Russe nach kurzer Feuerleistung unsere Sischjara-Stellung bei Raschin an, er ist blutig abgewiesen worden.

Nordwestlich von Veresteczko am oberen Styr hatten Vorfeldkämpfe einen für uns günstigen Ausgang.

Auf dem Dniester der Karajowka nahmen ottomanische Truppen im Sturm mehrere Vorstellungen da

Reinhold nordwestlich von Moskow; weiter südlich be-
mühten sich deutsche Regimenter wichtiger Höhenstellungen
westlich von Folow-Krasnoleie und wiesen
Gegenangriffe der Russen ab. Vier Offiziere, 170 Mann,
9 Maschinengewehre sind eingebracht.

Südwestlich von Stanislaw blieb ein Vorstoß russi-
scher Abteilungen ohne Erfolg.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl.

In der siebenbürgischen Ostfront Ruhe. Im
südlichen Grenzgebirge dauerten trotz starken Nebels und
zeitweisen Schneestürmen die Kämpfe an.

Nördlich von Campolung und bei Boerseny,
nördlich von Orsova versuchten die Rumänen vergeblich,
ihnen entzogene Höhen zurückzugewinnen.

Seit dem 10. Oktober hat die Armee des Generals der
Infanterie v. Falkenhayn 151 Offiziere, 9920 Mann und
außer viel anderem Kriegsgüter den Rumänen an Beute 37
Geschütze, 47 Maschinengewehre und eine Fahne abgenom-
men.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

In der Dobrujscha ist die Lage unverändert.

Mazedonische Front.

Nach anfänglichem Erfolg wurden serbische Abteilungen
im Ostteil des Cerna-Vogens durch Gegenstoß bulgari-
scher Infanterie verlustreich in ihre Ausgangsstellungen zu-
rückgeworfen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

„U 53“ zurückgekehrt.

Berlin, 31. Okt. (Amtlich.) Das Unterseeboot
„U 53“ ist von seiner Unternehmung über den Atlantik
Ozean wohlbehalten in die Heimat zurückge-
kehrt.

Die Beute dreier U-Boote im Kanal.

Wien, 31. Okt. (Nichtamtlich.) Drei kürz-
lich nach dem Heimathafen zurückgekehrte Unterseeboote
verkauften im englischen Kanal in wenigen Tagen
21 Schiffe mit rund 28.500 Tonnen. Darunter befanden
sich folgende bisher in Zeitungsmeldungen noch nicht genannte
Schiffe:

Die französische Bark „Condor“ (760 Tonnen), die fran-
zösische Bark „Cannibiere“ (2454 Tonnen) mit Kartholz,
der französische Dreimastschoner „St. Charles“ (528 Ton-
nen) mit einer Ladung von 421 Tonnen Fischen.

Zu Hauptmann Voelckes Tod.

Preisbrieftelegramme des Kaisers und Kronprinzen.

Köln, 31. Okt. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Magdeburg:
An den Vater Voelckes, Professor Voelcke in Jülich bei
Dessau, sind folgende Preisbriefe des Kaisers und des
Kronprinzen eingelaufen:

Auf das schmerzhafteste beklage ich mit dem ganzen deutschen
Volke den Tod Ihres Geliebten, meines tapfersten und
erfolgreichsten Fliegeroffiziers. Mit Stolz blickt
meine Armee und besonders die Fliegertruppe auf ihn. Mit Stolz
werden die auch nach seinem Tode seiner gedenken und seinem
leuchtenden Vorbild nachzueifern sich bestreben. Gott tröste Sie
in Ihrem großen Schmerze.

Neues Palais, 30. Oktober 1916.

Wilhelm.

Den Geliebten Ihres vorzüglichen, unerschrockenen und
kühnen Sohnes, der auch meiner Armee und mir vor Verdun
vorzügliche Dienste geleistet hat, erfüllt mich mit
ganz besonderer aufrichtiger und herzlicher Betrübnis, und seien
Sie und Ihre Familie meiner warmsten Anteilnahme versichert.
Mit Ihnen trauert das deutsche Heer und die gesamte Nation
an der Bahren des weltberühmten Fliegeroffiziers. Einzig
stehen seine Leistungen da. Mit Stolz zählt jeder
deutsche Patriot ihn zu den Seinen. Schlicht und einfach blieb
er, trotz aller Ehrungen. Sein vollstündliches Bild wird immer-
dar von unverwundlichem Lorbeer umwunden sein und jedermann
seines lieben Hauptmann Voelcke in Bewunderung und Ver-
ehrung allerzeit gedenken.

Wilhelm, Kronprinz.

Die Beisetzung Voelckes.

Dessau, 31. Okt. Die Beisetzung des Fliegerhaupt-
manns Voelcke erfolgt voraussichtlich am Donnerstag
nachmittag 3 Uhr. Die Schulen, Jugendwehren und Vereine
bilden Spalier. Die Stadt wird Trauermusik anlegen. Am
Bahnhof werden zwei Trauermasten errichtet werden.

Sonstige Kriegsnachrichten.

Bratians Stellung erschüttert?

Büch, 31. Okt. Der „Bund“ meldet nach russischen
Quellen, daß König Ferdinand von Rumänien den
früheren Ministerpräsidenten Marghiloman, den Füh-
rer der Konservativen, zu sich berufen hat. Die Stellung
Bratians soll erschüttert sein.

Grey und die Wilsonsche Friedensliga.

Naag, 31. Okt. „Manchester Guardian“ behandelt noch
einmal die letzte Rede Greys, womit das Blatt im ganzen
aufzureden ist, besonders mit der Unterstützung, die Grey dem
Haupthorizont Wilsons geliehen habe, baldmöglich eine
Friedensliga unter den Völkern zu gründen, die alle
künftigen Kriege unmöglich machen soll. Das Blatt sagt:
Alles hänge jetzt davon ab, wie Deutschland sich dazu
stelle und ob Deutschland auch auf dem Standpunkt beharre,
den es auf der letzten Haager Konferenz vertreten habe. Es
müßte möglich sein, die von allen Parteien, von England und
seinen Alliierten ebenso wie von Deutschland und den Zen-
tralstaaten gewünschten Garantien gegen eine
Wiederholung des Krieges zu erhalten. Nach
Greys Rede brauche kein Mensch in Deutschland
mehr von angeblichen englischen Plänen
einer Vernichtung Deutschlands sprechen.

Die in Greys Rede ausgesprochenen Grundzüge könnten
durchgeführt werden. Falls diese Grundzüge nicht siegen sol-
ten, wäre es mit der Freiheit und Zivilisation Europas zu
Ende. Deutschland müßte sich jetzt ausspre-
chen, ob es mit diesen Grundzügen einig sei und bereit, an
ihrer Verwirklichung mitzuarbeiten.

Die Kämpfe in Ostafrika.

Wien, 31. Okt. Meldung der Agence Havas.
In Ostafrika warf eine Kolonne, die auf unserem linken
Flügel operierte, nachdem sie 200 Kilometer zurückgelegt
hatte, den Feind aus den vorgehobenen Verteidigungsstel-
lungen bei Newalla und nahm am 26. Oktober diesen Ort.
Im Verlaufe des Kampfes beantwortete der Feind die Ver-
schiebung der portugiesischen Truppen mit Artilleriefeuer.
Der Kampf war sehr heftig. Der Feind mußte sich
zurückziehen, doch setzte er vorher die Verteidigungs-
werke in Brand. Die portugiesischen Verluste sind leicht.
Man hält die Verluste des Feindes für bedeutend.

Nach dreimonatigen unentwegten Siegen ist es
also den Portugiesen, die Mächtigkeit der vorstehenden Mel-
dung vorausgesetzt, gelungen, gerade 20 Kilometer
(nicht 200 wie in der Meldung steht) nördlich des Grenz-
flusses Robouma vorzudringen. Die Bemerkung, daß
die sich zurückziehenden Deutschen ihre Verteidigungswerke
in Brand gesteckt hätten, läßt darauf schließen, daß es sich
bei den portugiesischen Siegen bei Newalla um die Auf-
gabe eines deutschen Blockhauses handelt. Dafür spricht
auch, daß sich die Portugiesen für die angeblichen deutschen
Verluste nur in Vermutungen ergeben können.

Zur Lage in Griechenland.

Die Nichtanerkennung der provisorischen Regierung durch die
Entente.

Wien, 31. Okt. „Daily Telegraph“ meldet aus
Athen, daß die Nichtanerkennung der provisio-
rischen Regierung in Saloniki und die Wiederauf-
nahme der diplomatischen Beziehungen zur Athener Regie-
rung dort als ein Triumph König Konstantins,
der Sunaristen und der Palast-Öligarchie ausgelegt werde
und als ein Dämpfer für die Venizelisten.

„Humanité“ und der Friede.

Der sozialistische Kammerdeputierte Marcel Cachin be-
schwor in einem Zeitartikel der „Humanité“ vom 24. Oktober
1916 den Eintritt in Friedensverhandlungen mit Deutschland. Er
schreibt: „Es scheint, daß Deutschland zufrieden wäre, wenn man
es jetzt aufforderte, in Friedensverhandlungen einzutreten...
Auch wir sind für einen baldigen Frieden. Aber man glaubt, daß
der Einfluß im gegenwärtigen Augenblick so ernst ist, daß es ein Ver-
brechen gegen die Menschheit wäre, wenn man nicht die größten
Vorsichtsmassregeln treffen würde, um die Wiederkehr der Geißel zu
verhüten. Gut. Treffen wir diese Vorsichtsmassregeln, stellen wir
die Garantien fest. Aber leicht ist diese Aufgabe nicht. Man muß
notwendigerweise den gegenwärtigen Tatsachen und den Stim-
mungen und Neigungen Europas Rechnung tragen. Ungezügelter,
gewalttätiger und imperialistischer Bestrebungen müssen sich ohne
Zweifel in die edlen und selbstlosen Ziele, die die Sozialisten be-
stimmten, in die nationale Verteidigung einzutreten. Es ist unsere
Pflicht, — es ist die Pflicht der Regierung, gegen die ungesunden
Tendenzen zu kämpfen. Weisen wir alle Eroberungsgedanken von
uns; vermeiden wir alle bombastischen Redensarten, alle Drohungen,
die von hinter der Front an diejenigen gelangen, die in der
Feuerlinie sind. Zu einer Zeit, wo die Worte von der kollektiven
Befreiung, von Mädehnen und von Göttern mit aller Kraft wüten
und so viel Schaden anrichten, sollen wir uns in den Chor der
Schreier nicht mischen. Unsere Minister sollen eine Sprache der
Menschlichkeit führen. Wir fordern von ihnen, daß sie unsere
Gründe auseinanderlegen, unsere Ziele fundieren und die Beding-
ungen eines gerechten und demokratischen Friedens genau bestim-
men. Wir fordern, daß auch ein beratendes Auftreten zu den Not-
wendigkeiten der nationalen Verteidigung gehört.“

Ueber den neuen Kriegsminister v. Stein

wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Berlin ge-
schrieben:

„In der Armee und in engeren Kreisen hat man den Namen
des erst kurz vor dem Kriege gedienten Generalleutnants, der ur-
sprünglich Artillerist, den größten Teil seiner Karriere im Gene-
ralstab gemacht, schon längst gekannt, gekannt als eine der Hoff-
nungen unserer Armee, und man kann jetzt sagen, als eine von
denen, die nicht getäuscht haben. So kommt es, daß seine Ernennung
zum Kriegsminister in erster Zeit von der Presse und den poli-
tischen Kreisen mit offener Genugthuung begrüßt wird. Es
war mehrere Jahre vor dem Kriege — es kann zehn Jahre her sein,
— da hielt der damalige Oberst Stein im Generalstab mit zwei
anderen Offizieren des Generalstabs und einigen wenigen erfahrenen
Juristen eine vertrauliche Besprechung ab, die der Frage galt, was
in den paar kritischen Tagen vor einer Mobilisation zu geschehen
habe, um zu verhindern, daß in den Zeitungen, in großen und kleinen,
nicht unwillkürlich militärische Dinge verbreitet würden, aus denen
unser Feind, deren Spionagedienst schon damals sehr hoch ein-
geschätzt wurde, Nutzen ziehen könnte. Damals sprach der Oberst
in einigen interessanten kriegsgeschichtlichen Reminiscenzen kurz
über die Bedeutung des Nachrichtendienstes vor und während
des Krieges, sagte auch einiges über Art und Ausdehnung
der französischen Spionage, und wie schnell und sicher diese aus
harmlos gemeinten Nachrichten militärischer Art wichtige Schlüsse
ziehen könne. Es kam zwischen den anwesenden Vertretern der
Presse und dem Obersten und seinen Begleitern zu einer Ueberein-
stimmung von einfachen Maßregeln, durch die die Presse im kritischen
Augenblicke gewarnt und belehrt werden könnte. Als wir auseinander-
gingen, meinte einer, der über eine ziemlich lange politische, por-
lamentarische und journalistische Erfahrung verfügte, ungefähr:
„Wenn wir doch innerhalb der Regierung, wie sie im Reichstage
und Landtage vertreten ist, solche Männer hätten, wie diesen Ober-
sten Stein, der so klar, knapp, streng sachlich und dabei verbindlich
eine Frage darzustellen versteht, und er schloß: „Aus solchen
Männern müßte man eigentlich Minister machen.“ Das
ist jetzt geschehen und es wird niemand, der den Generalleutnant
v. Stein kennen gelernt hat, irgendwie wundern.“

Zum Vorwärtskonflikt

Schreibt man uns aus Berlin: Organisation gegen Organ —
das ist das neueste Stadium des leidigen Berliner Parteistritts.
Am Sonntag hat die Delegiertenversammlung der Wahlvereine von
Groß-Berlin den eigenartigen Beschluß gefaßt, daß der „Vorwärts“
von den Wahlvereinsmitgliedern zwar weiter gehalten, aber —
nicht mehr bezahlt werden soll! Man versteht diesen Beschluß erst
richtig, wenn man weiß, daß er ein Kompromiß darstellt. Die
Spartakusleute, die unermüdlich auf die Verdrängung der Partei
hinarbeiten, schwärmen für große Mittel: sie wollen Vohlt gegen
den „Vorwärts“ und Beitragsperre. Der Verband hat sich darauf
nicht eingelassen; um aber doch dem Drängen von links her ent-
gegenzukommen, hat er einen Beschluß gefaßt, der den Vohlt
bedeutet oder auch nicht, je nach dem, wie man ihn auffaßt.

Daß dieser Beschluß erhebliche Wirkungen zeitigen wird, läßt
sich kaum vorstellen. Denn jeden politisch wirklich interessierten
Parteigenossen muß es doch jetzt erst recht drängen, den „Vor-
wärts“ zu lesen — sei es auch nur, um über ihn schimpfen zu kön-
nen. Zu sagen: „Ich weiß zwar nicht, was im „Vorwärts“ steht,
aber ich mißbillige es“ — das ist doch ein unmöglicher Standpunkt!
Wie denken sich denn die Berliner Genossen die Agitation für
ihren Beschluß? Daß ihnen die Spalten des „Vorwärts“ zu diesem
Zweck offen sein sollten, ist schwer denkbar. Einem Blatt die
Schlinge um den Hals legen und es ihm zur Pflicht zu machen,
sich selber zuzuziehen, ist ein recht unwahrscheinliche Zumutung.

Die Sache bekommt erst ihr richtiges Gesicht, wenn man den
Veranstaltung der Berliner Massenpresse ins Auge faßt. Die „Men-
schenheit“ hat über 400.000 Auflage, die „Volkszeitung“ über 250.000!
Das sind im ganzen 650.000 Leser der bürgerlichen Berliner Massen-
presse, wovon mindestens 500.000 Berliner Arbeiter sind. Dagegen
betrug die Auflage des „Vorwärts“ unter den alten Redaktions-
verhältnissen zuletzt nur über 80.000. Jeder Parteigenosse muß
wünschen, daß sich dieses Verhältnis zugunsten des „Vorwärts“
behebt. Der Beschluß der Berliner läßt aber darauf hinaus,
die Auflage des „Vorwärts“ noch weiter zu verringern und der
bürgerlichen Massenpresse neue Leser zuzuführen. Man bestre-
het die Geschäfte der Firmen Hiltner und Wölfe, als die eines
„Vorwärts“, der unter dem Einfluß des sozialdemokrati-
schen Parteivorstandes steht!!!

Es ist Pflicht des Parteivorstandes, im Interesse der Gesamt-
partei, deren Zentralorgan der „Vorwärts“ ist, solchen selbstmür-
derischen Absichten kraftvoll entgegenzutreten. Die Partei-
genossen im Reich, die wohl in der weitaus überwiegenden
Mehrheit auf diesem Standpunkt stehen, können ihm dabei helfen,
indem sie für die Verbreitung des „Vorwärts“ auch im Reich sor-
gen, soweit dies ohne Schädigung der bürgerlichen Parteipresse möglich
ist. Zum mindesten sollte der „Vorwärts“ überall dort zu finden
sein, wo die großen bürgerlichen Blätter — „Berliner Tageblatt“,
„Volkszeitung“, „Frankfurter Zeitung“ usw. ausliegen. Auch in
den öffentlichen Zeitungsverkaufsstellen sollte das Zentralorgan der
deutschen Sozialdemokratie nirgends fehlen!

Rege Arbeit für den „Vorwärts“ — das ist das beste Mittel,
um den Berlinerern darzutun, daß ihr Beschluß gründlich verfehlt
war!

Deutsche Politik.

Ein Schulbekenntnis.

In Halberstadt fand dieser Tage ein evangelischer Ge-
meinderat statt, der sich mit der Frage beschäftigte, „wie es
innerhalb der Kirche zu lebendigen Gemeinden kommen
könne“, d. h. die Gemeinden „dem Ideal einer christlichen
Glaubens- und Liebesgemeinschaft näher zu führen.“ Dabei
kam vor allen Dingen das Problem der Gewinnung von
Männern aus dem Arbeiterstand zur Erörterung.
Pastor Herz aus Leipzig legte in einem Vortrage über „die
Kirchengemeinde und ihr Arbeiterstand“ Zeugnisse vor, aus
denen folgende Stellen hervorgehoben seien:

„Die Kirchengemeinden und ihre berufenen Vertreter haben
vielfach durch ihre politische und soziale Haltung die Inter-
essen des Arbeiterstandes verletzt und dadurch zur
Kirchenfeindschaft der Arbeiter mit beigetragen.
Die politische, geistige und religiöse Entwicklung des Arbeiter-
standes machte freilich den Kirchengemeinden die rechte Stellung
zur Arbeiterklasse nicht leicht. Durch den Krieg hat sich in poli-
tischer, geistiger und religiöser Beziehung eine tiefgehende Ver-
änderung angebahnt, der unsere Kirchengemeinden Aufmerksamkeit
schenken müssen. Die Kirchengemeinden müssen in ihrer
theoretischen Beurteilung des Arbeiterstandes und in ihrer prak-
tischen Stellung zu ihm grundsätzlich umlernen und in politischer,
sozialer und kirchlicher Beziehung daraus die Folgerungen ziehen.“

Aus den kirchlichen Ordnungen und der kirchlichen Praxis
ist alles das entworfen zu beiseite, was dem Arbeiterstande
verächtlich und Anstoß gibt. Auf dem Gebiete der kirchlichen
Verfassung ist dem Arbeiterstande viel mehr als bisher in voller
Gleichberechtigung Gelegenheit zu praktischer kirchlicher Mitarbeit
zu geben. Durch ein tieferes psychologisches Einfühlen in die
sozialen Äuße, die geistige Lage und die religiösen Bedürfnisse des
Arbeiterstandes müssen unsere Kirchengemeinden für ihre Ar-
beiterarbeit ein innerlicheres Verständnis gewinnen
und dadurch die kirchliche Arbeit an dem Arbeiterstand wirksamer
machen.“

Entscheidend, wie es hier durch kirchliche Kreise selbst
geschieht, kann das Verhalten der Kirche zu der Arbeiter-
schaft, wie es vor dem Kriege üblich war, kaum beurteilt
und besser das Verhalten der Arbeiterkreise zu der Kirche
und ihren Vertretern kaum gerechtfertigt werden.

Die Konfessionsstatistik.

Wie die „Welt am Montag“ aus sicherer Quelle erfährt,
ist nach dem Beschluß des Reichstagsausschusses eine Sta-
tistik der Religion der Angehörigen in mehreren Kriegsgesell-
schaften bereits aufgenommen worden.

Ein neues Kriegsamt.

Beim Wechsel im preussischen Kriegsministerium hat sich
die Einrichtung eines neuen Kriegsamtes nötig gemacht, das
dem Kriegsministerium angegliedert ist. Dem neuen Kriegs-
amt sind unterstellt die Beschaffung und Ernährung von
Munitionsarbeiten, Versorgung des Heeres mit Kriegs-
material, der Mannschaftsbedarf, die Herstellung von Munition
und anderem Kriegsmaterial. Als Leiter des Kriegs-
amtes ist der bisherige Chef des Feldbahnwesens, Gene-
ralmajor Gröner in Aussicht genommen.

Vor der
tag nach
führt, der
Kriegsbetr
Kaufmann
kurz nach
jeden Krei
unter dem
tor“. Der
gen ganz
Art zum
bote von
auf den
von Hund
fert aber
Seine Op
im Königt
den Provin
Behörden
träge hat
niger als
96 Fällen
scheidung
Zucht ha
Daselbst
achtjähriger
helm Höp
G. m. b. H.

hält am S
tretertag a
hische Lage
Steuern
Aus de
ten Zigar
sich der G
Rechnungs
Millionen
weil neu
nach Abzug
nungsjahre
als im Vor
betrug 5, in
waren je
nangsjahr
Deutschl
14.423 M.
Fabriken zu
Nach d
der Ertrag
auf 11.749
15.341.875
dem Jahre
Rozl zurück
Richterfau
1914 um 8
109.189 M.
haben.

Nach d
nungsjahr
fodischen
254.081 D
Willund 31
Nach d
nangsjahr
fodischen
254.081 D
Willund 31

Nach d
nangsjahr
fodischen
254.081 D
Willund 31

Nach d
nangsjahr
fodischen
254.081 D
Willund 31

Nach d
nangsjahr
fodischen
254.081 D
Willund 31

Nach d
nangsjahr
fodischen
254.081 D
Willund 31

Nach d
nangsjahr
fodischen
254.081 D
Willund 31

Nach d
nangsjahr
fodischen
254.081 D
Willund 31

Nach d
nangsjahr
fodischen
254.081 D
Willund 31

Nach d
nangsjahr
fodischen
254.081 D
Willund 31

Nach d
nangsjahr
fodischen
254.081 D
Willund 31

Nach d
nangsjahr
fodischen
254.081 D
Willund 31

Vier Jahre Zuchthaus für einen Kriegsbetrüger.

Vor dem Landgericht Gabelstadt wurde am Samstag nach fünftägiger Verhandlung ein Prozeß zu Ende geführt, der sich gegen einen besonders gemeingefährlichen Kriegsbetrüger richtete. Angeklagt war der Techniker und Kaufmann Paul Höpfer aus Magdeburg. Er gründete kurz nach Kriegsausbruch, trotzdem er überschuldet und ohne jeden Kredit war, in Wiedendorf ein Lebensmittelgeschäft unter dem tönenden Namen „Mitteldeutsches Handelskontor“. Durch auffällige Inserate in den großen Tageszeitungen ganz Deutschlands bot er Lebensmittel aller möglichen Art zum Kauf an; auf die gleiche Weise forderte er Angebote von Waren aller Art ein. Ganz besonders legte er sich auf den Kartoffelhandel. Er schloß Aufträge auf Lieferung von Hunderttausenden von Zentnern Kartoffeln ab; geliefert aber hat er den Bestellungen nicht eine einzige Knolle! Seine Opfer waren namentlich kleinere Stadtverwaltungen im Königreich Sachsen, im Herzogtum Braunschweig und in den Provinzen Hannover und Rheinland. Auch mit anderen Behörden und militärischen Dienststellen abgeschlossene Verträge hat er nicht erfüllt. Die Anklage legte ihm nicht weniger als 184 strafbare Handlungen zur Last. Er wurde in 96 Fällen für überführt erachtet und wegen Betrugs, Ueberschreitung von Höchstpreisen usw. zu vier Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt.

Dasselbe Gericht verurteilte wenige Tage vorher nach achttägiger Verhandlung den Bruder des Angeklagten, Wilhelm Höpfer, wegen betrügerischer Massengründung von G. m. b. H. zu zweieinhalb Jahren Gefängnis.

Badische Politik.

Die Fortschrittliche Volkspartei Badens

hält am Sonntag, 19. November, in Karlsruhe einen Vertretertag ab, um eine Aussprache über die gegenwärtige politische Lage herbeizuführen.

Steuererträge in Baden im Rechnungsjahr 1915.

Aus der Nachweisung des Steuerwerts der in Baden verkauften Zigaretten, Zigarren und Steuerzeichenbrosche berechnet sich der Gesamtertrag der Zigarettensteuer im Lande im Rechnungsjahr 1915 (1. April 1915 bis 31. März 1916) auf 2,1 Millionen Mark gegen 1 Million Mark im Vorjahr. Die Schatzung der Zigarettensteuer von in Baden hergestellten Erzeugnissen erbrachte nach Abzug der Vergütung der Steuer für Proben usw. im Rechnungsjahr 1915 insg. samt 7778 Mk., das heißt 2786 Mk. mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Schatzungsbroschen in Baden betrug 5, im Jahre zuvor 7. Die Einnahmen aus der Zündwarensteuer beliefen sich für das Großherzogtum im Rechnungsjahr 1915 auf 1.563.415 Mk. (1914: 1.320.581 Mk.), die Zündwarensteuer trug nach Abzug der Steuernachlässe 14.423 Mk. (1914: 15.989 Mk.). Ein Zündwarenfabrikant gab es 3, Fabriken zur Herstellung von Zündmitteln 2 im Lande.

Nach den Angaben der Zoll- und Steuerdirektion belief sich der Ertrag aller Verbrauchssteuern für das Jahr 1915 auf 11.749.660 Mk. gegenüber 14.570.272 Mk. im Jahre 1914 und 15.341.375 Mk. im Jahre 1913. Das Steuerertragsverhältnis ist hinter dem Jahre 1914 um 2.821.612 Mk. und hinter 1913 um 3.592.715 Mk. zurückgegangen. Der Rückgang der Einnahme ist auf die Steuerertragsrückführungen, deren Ertrag im Vergleich zum Jahre 1914 um 3.040.569 Mk. abgenommen hat, während die Weinsteuern 109.189 Mk. und die Fleischsteuer 109.768 Mk. mehr eingebracht haben.

Die Salzgewinnung in Baden.

Nach den Angaben der Zoll- und Steuerdirektion im Rechnungsjahr 1. April 1915 bis 31. März 1916 wurden in den beiden badischen Staatssalinen Rappenhau und Dürckheim zusammen 286.081 Doppelzentner Steinsalz, 934 Doppelzentner Pfannen- und 3104 Doppelzentner Salzabfälle gewonnen. Von der Gesamtmenge des im Lande versteuerten Salzes in Höhe von 157.149 Doppelzentner (1914/15: 177.744 Doppelzentner) waren 157.041 Doppelzentner inländisches und 108 Doppelzentner ausländisches Salz; die Abgabe davon belief sich auf 1.884.487 Mk. für inländisches und 1292 Mk. für ausländisches Salz.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 31. Oktober.

Am Bundesratstag: Dr. Helfferich, Dr. Lisca, Leinhardt, Caspar u. a.

Vizepräsident Dr. Baasche eröffnete die Sitzung um 3.17 Uhr.

Fortsetzung der Zensurdebatte.

Abg. Dr. Werner-Giehl (D. Fr.): Wenn Dr. Müller-Meiningen sich für die Bevölkerung der Schützengräben interessiert, so mag er dem offiziellen Ausschuh Antrag zustimmen. — Die Kinnankündigungen geben immer noch zu Klagen Anlaß. Die Zensur wird viel zu lag gehandhabt. Der Reichstagsrat ist allerdings der Ansicht, daß die Zensur über das hinausgeht, was im allgemeinen nicht zutreffen. Wenn die Regierung den Willen hat, einzugreifen, das Material fehlt nicht. Bedenklich ist die nach wie vor bestehende Verbindung des Wolffschen Büros mit dem Neuterischen Büro in Holland. (Vizepräsident Dr. Baasche erwidert dem Redner, nicht von der Zensurdebatte abzuweichen.) Der „Nationalauschuh für einen dauernden Frieden“ hat bei den Glanmachern besonderen Anhang gefunden. (Vizepräsident Dr. Baasche wiederholt seine Warnung.) Das dauernde Verbot der „Staatsbürgerzeitung“ ist nicht gerechtfertigt. Der Alldeutsche Verband wird mit Unrecht angegriffen. Alles, was er vor dem Kriege voraussetzte, ist eingetroffen. Er hat nicht umzulernen gebraucht. Seine Angehörigen werden auf Grund des Belagerungszustandes mit Hausdurchsuchung, Schutzhaft und sonstigen Schikanen behandelt. Graf Reventlow darf ungeführt von der Arbeiterpresse als Dolchgras und überpannender Patriot beschimpft werden, alles unter den Augen der Zensur. Die Zensur ist schuld daran, daß Männer wie Professor Schäfer in Konventikel getrieben werden. Es handelt sich nicht um Freibereitungen, sondern um sachliche Gegenstände. Eine Regierung, die Kritik nicht berauben kann und diese mit allen Mitteln niederhält, ist nicht zuviel wert. Das Wort der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom „Kriege bis zum bitteren Ende“ lehnen wir ab. Wir wollen nicht nur durchhalten, sondern siegen. Für ein bitteres Ende bedanken wir uns. (Beifall rechts.)

Abg. Stadthagen (Soz. Arb.-Gem.): Zu befehen ist nichts als Belagerungszustand, er muß vielmehr beseitigt werden. Es ist ein schlechter Trost, daß es mit der Zensur in England und Frankreich noch schlechter bestellt sei als bei uns. Das trifft aber nicht zu. Wir könnten froh sein, wenn bei uns die Arbeiterpresse den zehnten Teil der Freiheit hätte, wie sie sie in England besitzt. In England werden die Zeitungen vorübergehend eingezogen, dann aber ohne Garantien wieder freigegeben. Die Zensur ist lediglich der geistige Zensurträger der politischen Polizei. Die Verletzung der Immunität der Abgeordneten hottet jeder Beschuldigung. Ein Abgeordneter Thiele wurde bei einer Hausdurchsuchung sogar nach einem Rumpelkoffer gesucht, das sich gegen die eigene Fraktion dieses Abgeordneten wandte. Neben der Mißwirtschaftlichkeit und Gesetzwidrigkeit des Vorgehens steht eine gute Portion Unverschämtheit. Ein feierliches Auge hat die Polizei auf sozialdemokratische Versammlungen. Während die Altkadetten ungeführt, sogar inmangelnd, Versammlungen abhalten dürfen. Für uns besteht eine Gewaltlosigkeit, die mit militärischen Interessen nichts zu tun hat. Späher werden angeworben durch Versprechung von Geld und Befreiung vom Militärdienst. (Hört, hört!) Wiederholt sind Augenblicke auf diese Weise zu erschollen Handlungen und Schurkereien verübt worden. Dieses System steht weit unter der Sklavensklaverei im Altertum. Unter dem Schutz des Belagerungszustandes werden für Lappen die höchsten Preise gezahlt. Die Presse wird nicht als Kulturmittel, sondern als Pöbel mit Zuckerbrot und Peitsche behandelt. Das Vorgehen gegen die „Deutsche Tageszeitung“ und das „Berliner Tageblatt“ ist ungeschwulst, wenn auch das Ausmaß der Ant und nicht die politische Polizei mißbrauchen hat. Selbst Reichstagsberichte werden von der Zensur zusammengeknirscht. Da wäre es am besten, wenn, wie in England, die Läden frei blieben. Gegen den „Vorwärts“ wird vorgegangen, die alldeutschen Blätter oder Formen von Kar-

toffsozialisten sprechen und alle, die nicht für den U-Bootkrieg sind, aufs gründlichste beschimpfen. (Der Redner geht dann in längeren Darlegungen auf das Verfahren gegen den „Vorwärts“ ein. Vizepräsident Dr. Baasche bittet ihn, sich nicht zu sehr in Einzelheiten einzulassen.) Ich muß dies näher beleuchten, man könnte mir sonst den Vorwurf machen, nicht ausgiebig die Angelegenheit behandelt zu haben. (Rufe rechts: Nein. Keineswegs! Weiterkeit.) Eigentümlich ist, daß das Oberkommando die Einhaltung von Garantien für die Beachtung der Zensurvorschriften gerade demjenigen Mann anvertraut, der die Zensurvorurteile billigt. Da ist der Red zum Gärtnern gefügt worden, der den Treubruch des Parteivorstandes mitgemacht hat. (Vizepräsident Dr. Baasche: Dies interessiert uns hier nicht. Ich bitte Sie, diese Ausführungen zu unterlassen, sonst bin ich genötigt, das Haus zu befragen, ob es Sie weiter hören will. Große Unruhe links.) So darf aber doch der Belagerungszustand nicht ausgelegt werden. Wort und Tat müssen eins sein. Eine Regierung, die so handelt, sollte sich nicht hierher stellen und für Meinungsfreiheit eintreten. Man muß den Belagerungszustand aus, um die freie Meinung zu unterdrücken. So erzieht man lediglich zur Gefinnungslosigkeit.

Abg. Seyda (Pol.): Je länger der Krieg dauert, desto drückender wird der Belagerungszustand. Es ist nicht möglich, daß wir noch lange unter diesen Zuständen arbeiten können. Wie die Zensur wird aber auch das Vereins- und Versammlungsrecht in der schlimmsten Form gehandhabt. Die politischen Saisonarbeiter leiden besonders darunter. In Gebieten, die fern vom Kriegsschauplatz liegen, müssen unbedingt Erleichterungen geschaffen werden. Wir stimmen deshalb den Anträgen zu, die sich auf diesem Gebiet bewegen. Eine in Gnesen seit 20 Jahren erscheinende polnische Zeitung ist nun schon seit zwei Jahren verboten. Alle Anstrengungen, ihr Wiedererleben zu betreiben, sind einflusslos geblieben. Die polnische Presse weist überhaupt den Mord von Zensurverboten auf. Nach Versöhnungspolitik sieht das gerade nicht aus. Die Polen fühlen sich als integrierender Bestandteil des deutschen Volkes. Kommt nur ein Teil des polnischen Volkes bei der Regelung der Zukunft Polens zur Sprache, so fühlt sich das polnische Volk auf das empfindlichste verletzt.

(Vizepräsident Dr. Baasche ruft nachdrücklich den Abg. Stadthagen zur Ordnung, da dieser dem Oberkommando „schlechte Wege zu gehen“ vorgeworfen habe.)

Abg. Hauß (Erf.): Gegenüber dem Oberst von Briesberg sei festgestellt, daß das Verbot der französischen Sprache in den Reichslanden nicht erst in den letzten Tagen erlassen worden ist, es bricht seit Beginn des Krieges. Schließlich ist nicht die Sprache die Diktatorische, sondern das, was gesprochen wird. Die Erbitterung wächst lautenhaft.

Oberst v. Briesberg: Die Hauptsache ist, daß die französische Sprache hinter dem Rücken der Truppen herausfordernd benutzt wird, und daß das aufhört, können die Truppen verlangen. (Bravo!)

Abg. Ebert (Soz.):

Abg. Stadthagen hat es für gut befunden, unsere Partei, freitigkeiten auf die Tribüne des Hauses zu bringen. Die Absicht liegt klar zutage. Der Reichstag ist aber kein Parteitag. Es handelt sich dabei um ein Gebot der Selbstachtung. Er hat unsere Stellung zur Zensur zu diskreditieren versucht. Wir verlangen nach wie vor die Beseitigung des Belagerungszustandes. Schon Abg. Baasche hat namens des „Vorwärts“ sich mit den Garantiebedingungen einverstanden erklärt, auch damit, daß ein Parteivorstandsmittglied mit diktatorischer Gewalt in die Redaktion käme. (Hört, hört!) Dieser Genosse ist allerdings ausgeschieden, da man doch nicht von ihm, der über die Beobachtung der Zensurvorschriften wachen soll, verlangen kann, daß er sich täglich in der Redaktion verhaue und verprügele. (Sturm. Heiterkeit.) Das ist denn doch etwas zu viel. (Erneute Heiterkeit.) Ich beschränke mich auf rein sachliche Darstellungen, ohne auf die Ausführungen Stadthagens einzugehen. Uns kann nichts gleichgültiger sein als der Abg. Stadthagen. (Schallende Heiterkeit und Juchse.)

Abg. Fischer-Essen (Nat.): Wir sind für den Antrag des Zentrums unter der Voraussetzung, daß er als Provisorium anzusehen ist. Größte Verschleimung tut not. Die Zensur hat sich auf das zu beschränken, was im Interesse des Landes notwendig ist. Von einer Verunglimpfung der Person des Reichstagsrats ist bei den bekannten Vorgängen keine Rede. Daß wir ohne Zensur nicht auskommen können, insbesondere nicht in militärischen Dingen, darüber

Nach vierzehn Tagen.

Kronstadt, 22. Oktober.

Während vom Tömböser Paß über den Schuler herüber noch die Beschütze denken, wie Kronstadt langsam wieder lebendig. Ein Baden nach dem andern zieht seine eisernen Rosthänge heraus. Klüfflinge kommen mit den ersten überfüllten Eisenbahnzügen, auf Wagen und zu Fuß von weiter an. Die Rumänen sind in der „Bulgarelei“ wieder aus ihren roten, gelben, blauen Gürteln heraus und bilden weniger verschüchtert als in den ersten Tagen — den wunderlichen deutschen Lastautos nach die durch ihre schmalen Gassen postern. Ihre Köpfe lassen sich wieder auf dem Marktplatz blicken — mit den langen Bärten und den breiten roten Gürteln über dem Leibe. In den Kaffeehäusern taucht neben den Unrissen mehr und mehr der Bürger auf. Und der herbeigeeilte Abgeordnete sitzt im Kreise seiner Vertrauten am Honoratiorenentisch und führt das große Wort.

Aus manchem Baden guckt noch die Frage des rumänischen Erzherrn durch die Scheiben. Eine zertrümmerte Statue von Becken in der Klosterstraße. Ein marmornes Bismarck ohne Kopf. Manche Räder sind halbleer. Ein Reliquenhändler am Markt zeigt jammernd seine Geschäftsbücher. Pelze von 800 Kr., Decken, Zugmäde, Gummimäntel, alles den rumänischen Offizieren, manchmal große Auswahlfendungen ins Haus gebracht, ohne jede Bezahlung. Ein anderer in der Burgengasse ist schlaue gewesen und hat seine wertvollsten Stücke im Keller versteckt. Aus riesigen Weinflaschen zieht er vor unsern Augen die schönsten Felle. Goldfuchs und Perlhane, Wolf und Karakul, Viber und Opoffum hervor. Pelze sind heute stark begehrt. Der Schuler liegt voll Schnee. Und ein eisiger Wind weht über das Bürgerland.

Nach 14 Tagen: Der Gestank von der schwelenden Knochenmühle am Bahnhof hat aufgehört. Kropfen ziehen nachts verdächtige Gerüche über die Stadt. Noch immer verbrennen die Walladen heimlich die gestohlenen Sachen aus den Tagen der Okkupation. Die meisten freilich sind abgeliefert. Vor einigen Tagen kam der Befehl für Kronstadt und die umliegenden Dörfer: alle gestohlenen Gegenstände mußten bei schwerer Strafanzeige in den Kirchen deponiert werden. An einem Vormittag hatten sich verschiedene Gottesdiener in wohlfortierte Warenhäuser verbarrikadiert. Aber die Walladen sind Kinder. Gestern brachte der Südwind den Donner der Geschütze näher als sonst an die Stadt. Da schöpften sie Hoffnung, und das Abbliesen hörte für einen Tag fast auf.

Die Stadt wird wieder lebendig. Aber sie gittert noch. Bei jedem Sturm, der durch die Berge herüberhallt, zittert sie. Und jedem Nachbar, der durch die Berge herüberhallt, zittert sie. Und jedem Nachbar, der durch die Berge herüberhallt, zittert sie.

ischen Siegel von der Tür, hinter welcher die berühmten Teppiche von Kronstadt liegen. Diese Teppiche, welche die Kronstädter Kaufleute, wenn sie von ihren Reisen aus der Levante kamen, hingen jahrbundertlang in der Kirche am Markt. Unter Leitung eines rumänischen Sachverständigen wurden sie von den Rumänen sorgsam registriert und verwahrt. Und vielleicht ist nur das Tempo der Falkenbühnen Heerfahrt schuld daran, daß sie heute noch in Kronstädter Mauern lagern. Sie waren überhaupt nicht im schönsten „Registrieren“ drin, als wir kamen. Die Rumänen interessierten sich für alles, auch für die wertvollen Archive dieser Stadt, die mit über jüdisch-rumänischen Vergangenheit an sich ein geschichtliches Monument ist — von den Tagen an, da sie durch den Deutschen Ritterorden gegründet wurde. Alle Urkunden durchsüßten sie. Sie hatten Professoren aus Bukarest und Jassy mitgebracht — aus jener französisch-rumänischen Diktatorische, die hier seit Jahrzehnten mit Eifer und Geschick die Dinge auf den Kopf stellt. Die wertvollsten rumänischen Urkunden des Kronstädter Archivs hatten sie bereits nach Bukarest abtransportiert. Jetzt reißt der Direktor der jüdisch-siebenbürgischen Archive im besetzten Lande umher. In Zeiten fand er alles unversehrt. Dort liegen die schönsten Urkunden aus der Zeit der Deutschritter, die von hier nach Preußen zogen. Sie gründeten sich dort oben ein neues Land und legten bei Danzig eine neue Marienburg an. Die alte und erste Marienburg ist eine kleine Landburg nördlich von Kronstadt. Sie hat vor 14 Tagen auf die deutsch-rumänische Schlacht herabgesehen.

Die Jugend von Kronstadt — die Sachsen und Magyaren — sammeln sich wieder in den Schulen. Mit den rumänischen Schulen wird es noch etwas dauern. Viele Lehrer des pompast gebauten rumänischen Gymnasiums sind mit dem Heere des Königs geflohen. Viele rumänische Eltern haben ihre Kinder mit auf die Flucht genommen. Die Schulen Kronstadts sind bewundernswert. Eine Nation hat die andere aufgeschaltet. Auch um die Schulen haben sich die Rumänen in den Tagen der Okkupation intensiv bemüht. Ein Studieninspektor aus Bukarest erschien hinter den Truppen und verfügte die radikalsten Anordnungen: Kein Wort magarisch sollte in allen Schulen Kronstadts gelehrt werden. Keine ungarische Geschichte und Geographie. Dafür Geschichte und Geographie Großrumäniens. Nur mit den Sachsen verfuhr man etwas glimpflicher. Aber in die Verhandlungen über Ausgestaltung der jüdischen Schulen hinein donnerten schon die Geschütze von Fogaras.

Die Stadt ist abends noch immer halbfinstern. Halbdunkel ist auch die Kirche, in der ein sächsischer Professor abends den Deutschen auf der berühmten Orgel von Kronstadt vorspielt. Zwei Orgeln nur erschellen spätlich den düstern Raum der Kirche, die größte gotische Ungarns ist. Von der Orgel herunter stürmen und säuseln Reg-

und Paß, Glut und Handel auf uns ein. Die Orgel hat 2400 Pfeifen, vom Oberbischöfshaus bis zum Trainkutschler sitzt alles in andächtigen Zuhören. Aus den frommen Tönen steigt eine Sehnsucht — das alte Deutschland des Friedens — auf. Aber es kann geschehen, daß ein leise verklingendes Indante durch das schillernde Trompetensignal aus der benachbarten Kaserne plötzlich und grausam unterbrochen wird. Dann weiß jeder wieder, was er für einen Augenblick vergaß, daß Krieg ist.

Vor 14 Tagen zogen wir in Kronstadt ein. Wieder ein Sonntag. Damals zitterten die Einwohner in ihren Kellern. Heute wandern auf der 900 Meter hohen „Finne“ über der Stadt unsere Soldaten mit den Männern und Frauen von Kronstadt spazieren. Sie stehen am Fuße des von den Rumänen gesprengten Milennumdenkmals. Geisterwald, Wurzenland, Tömböser-Paß — die letzten großen Stationen der Befreiung Siebenbürgens liegen zu ihren Füßen. Da wird noch einmal der Gang der Schlacht erläutert. Die Glocken läuten aus den Tälern heraus, in denen die wachende Stadt emporsteht. Von der rumänischen Grenze treibt der Wind den Schall unserer Abgeschüsse herüber, die sich langsam entfernen.

„Die Adler flogen über die Karpathen!“ Dies präherliche Wort stand von großrumänischer Hand in eine Säule östlich Kronstadts gemeißelt, an welcher ein paar Tage später der Sohn Peter Carps von uns beerdigt wurde. Die Adler flogen. Aber nur vier Wochen lang. Dann flatterten sie schon und im Dunkel der Nacht über die Berge zurück.

Kronstadt wird nicht rumänisch werden. Durch eine kurze heroische Krafanstrengung ist der diebische Anschlag der Bukarester Minister gegen ein altes Kulturland, das den Donaustromtälern jahrhundertlang die besten Menschen und Kräfte geliefert hat, vereitelt worden. Kronstadt wird die nationalen Spannungen innerhalb seiner Bürgerschaft — zwischen alten Rechten und jungen Ansprüchen — gerecht zu lösen wissen. Aber es wird das nur innerhalb des alten historischen Verbandes tun, in welchem es groß und zu einer Pforte des Orients geworden ist. Kronstadt wird unser bleiben. Dafür sorgen die Bataillone und Batterien, die seit vierzehn Tagen in den Grenzpfaffen kämpfen. Heute liegt Schnee in den Pässen. Alle Grenzsteine sind weiß verweht. Vom Schuler sieht man die rumänischen Berge wie eine Zuckerlandchaft unter sich. Aber es raucht aus den Pässen. Mündungsfeuer zucken durch den Winterabend. Leuchtflugeln erschellen die weißen Kluppen, auf denen dunkle Linien sich langsam fortbewegen. Und in der verlassenen Stille des Siebenbürgener Karpathenbereichs liegen noch deutsche Landvögel um ihr Feuer und wärmen sich.

Dr. Adolph Köpfer, Kriegsberichterstatter.

gesetzlich Einigkeit. Andererseits ist es unwürdig, wenn die freie Meinungsäußerung bei uns ausgehalten worden ist. Dieser Zustand kann verhängnisvoll werden. Wenn Abg. Scheidemann dafür eintrifft, daß das, was begehrt war, es bleiben soll, so muß man auch seine abweichende Meinung zum Ausdruck bringen können, soll nicht im Ausland der Eindruck erweckt werden, bei uns herrsche Resignation.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Zu den Anträgen kann ich nicht definitiv Stellung nehmen, da es sich um Initiativgesetze handelt. Wir werden auf eine Milderung weiter hinstreben. Der Herr Reichswehrminister soll erledigt sein. Im Falle der beiden Mädchen, die in Schutzhaft genommen worden sind, haben ich und auch Ministerialdirektor Dr. Leopold Herrn Dittmann gebeten, substanziierte Angaben zu machen, damit dem Falle nachgegangen werden kann. Das hat er nicht getan.

Abg. Gasse (Soz. Arb.-Gem.): Ich habe die Erklärung an das Oberkommando über das Verhalten des „Vorwärts“ nicht für meine Person, sondern als Parteivorstand abgegeben. Das Oberkommando stimmt uns zu, daß die Tendenz des „Vorwärts“ nicht geändert werden sollte. Gehoben haben sich die Herren in der Redaktion des „Vorwärts“ nie, das Gegenteil davon. (Große Geister.) Das Oberkommando dürfte das Blatt nicht einer andern Richtung in die Hände spielen.

Abg. Gert (Soz.): Die Verurteilung war natürlich nicht Modell zu nehmen. (Sehr richtig.) Genosse Müller ist stets heftig angegriffen worden. Das Zusammenarbeiten war länger nicht möglich.

Damit schließt die Aussprache.

Personlich geht Abg. Dittmann (Soz. Arb.-Gem.) auf den Fall der beiden Mädchen ein, den er in der Kommission in aller Ausführlichkeit behandelt habe.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Namen haben Sie nicht genannt. Eine Untersuchung war daher nicht möglich.

Abg. Dittmann (Soz. Arb.-Gem.): Ich habe mit Ausnahme des Briefes der Mädchen alles so in dem Ausschuss vorgetragen, wie es hier geschehen ist.

Damit schließt die wiedereröffnete Debatte.

Die Anträge gehen an die Schutzhaftkommission.

Der Antrag auf Schaffung einer militärischen Zentralinstanz soll auf Antrag des Abg. Gröber (Zentr.) sofort ohne Ausschussberatung erledigt werden.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Wir halten dafür, daß diese Frage Sache der kommandierenden Gewalt ist.

Abg. Gröber (Zentr.): Eine gesetzliche Regelung ist vorzuziehen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Abg. Dove wird dieses Initiativgesetz in allen drei Lesungen angenommen.

Darauf wird vertagt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 3 Uhr: Fragen der Gefangenenbehandlung und Ernährungsfragen.

Schluß 9 Uhr.

Aus der Partei.

Widerliche Szenen.

Der „Schwab. Tagwacht“ wird aus dem Reichstag geschrieben: Man sollte es nicht für möglich halten, welchen Grad die persönliche Schädlichkeit und Verleumdungssucht bei einzelnen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft erreicht hat. Die Reichstagsfraktion vom 28. Oktober bietet ein Beispiel dafür. Der Abg. Dittmann schilberte in scharfen Worten die politische Sinn- und ziellosen Quälereien in Schutzhaft genommenen Personen. Die ausführenden Abgeordneten waren ergriffen und von Erregung erfüllt über die mitgeteilten Fälle. Da plötzl. der Abg. Rebebour, auf das Präsidium deutend, heraus mit den Worten: „Der Abg. Fischer sucht den Präsidenten zu einem Ordnungsruf zu machen, der Präsident lehnt aber ab!“ Was war die Wahrheit? Genosse Richard Fischer, der als Schriftführer neben dem Präsidenten Raasche saß, hatte diesem gegenüber bemerkt: Wenn ich selbst von der Brutalität, die in solchen Handlungen liegt, absehe, so frage ich mich, wie man nur eine solche politische Dummheit begehen kann. Raasche antwortete mit einem lebhaften Kopfschütteln, durch das er seinem Unwillen über die von Dittmann geschilderten Vorgänge Ausdruck gab. Fischer hatte sein Ziel dabei erreicht, daß Raasche nach dem Staatssekretär Helfferich aus dem Reizpuls trat und namens des Reichstags von der Regierung die Erklärung verlangte, daß solche Zustände nicht geduldet werden. An einer andern Stelle der Rede Dittmanns, als dieser sich auf den Abg. Gert als Zeugen für bestimmte Angaben berief, verfiel sich Rebebour zu dem Auf: „Der ist eben rausgegangen!“ Gert hatte richtig kurz vorher den Saal verlassen zur Erledigung dringender Geschäfte. Rebebour aber suchte ebenso wie gegen Fischer auch gegen Gert die aus den Finger geflossene Verächtlichkeit zu schmeißen, daß er das Vorgehen Dittmanns mißbilligte. Mitglieder der alten Fraktion gaben Rebebour sofort die gebührende Antwort. Der Vorgang zeigt aber, wie bei manchen Leuten der Verdachtungsgeist über die stärkste feilsche Verneinung normaler Menschen triumphiert. Zur Verstärkung der Anklagen wider das System der Schutzhaft hat Herr Rebebour durch die widerlichen Szenen, die er durch laute verdächtige Zwischenrufe heraufbeschworen, wahrlich nichts beigetragen.

Theater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

„Die Zauberflöte“, Oper von W. A. Mozart.

In der geistigen Aufführung von Mozarts ewig junger „Zauberflöte“ war Herr Meta Weber vom Stadttheater Zürich abermals Gelegenheit geboten, sich um das jugendlich-dramatische Fach zu bewerben. Da es mir leider nicht möglich war, ihre am Sonntag gesungene „Lohengrin-Elfa“ zu hören, muß ich meine Bewertung der Gastin lediglich auf ihre geistige Leistung als „Pamina“ beschränken. Herr Weber machte auf mich den Eindruck einer mit schönen Stimmmitteln begabten, aber gesanglich absolut unfertigen Sängerin. Die Tongebung ist noch nicht ausgeglichen genug; außerdem macht sich eine bemerkswerte Unruhe und unreine Intonation hörbar. Schade um das prächtige Material, zu welchem sich eine gute Erscheinung und befriedigendes Spiel gesellt. Die Sängerin wird noch viel studieren müssen, um nach meinem Dafürhalten für das hiesige Hoftheater in Betracht kommen zu können. Von den Unserigen überragte Herr Julie Körner als I. Dame weit aus ihrer beiden Partnerinnen. Herr Neugebauer schönstimmiger „Tamino“ gefiel durch vornehmen Gesang und temperamentvolles Spiel. Einzelne Töne der hohen Tenorlage mühten allerdings vorzüglicher angelegt werden. Herr Giese bringt für die Paraderpartie des „Sarastro“ seine prachtvolle Gestalt, würdevolles Spiel und eine zwar sonore, aber leider reichlich spröde Stimme mit. Herr Gorkom stattete seinen Bogelfänger „Papageno“ mit behaglichem Humor aus und fand in Frau Müller-Reichel eine ganz reizend gesungene und gespielte „Papagena“. Die drei Knaben wurden zu feinstimmigen Begleitern geleitet. Frau Ernst sang die exponierte hohe und anspruchsvolle Partie der „Königin der Nacht“ mit großer Festigkeit. Die übrigen kleineren Rollen genigten. Auch Chor und das hervorragend spielende Orchester taten unter der überlegenen Leitung des Herrn Hofkapellmeisters Lorenz ihre volle Schuldigkeit.

Gewerkschaftliches.

* Internationales! Der Krieg hat dem Erwerbsleben fast aller Kreise tiefe Wunden geschlagen, soll aber doch keine Erbitterung gegen die Opfer des Krieges aufkommen lassen. Zu den Kriegsopfern gehören auch die Gefangenen. Wie wir wünschen, daß unsere Gefangenen in andern Ländern gut behandelt werden, so müssen wir auch verlangen, daß den in Deutschland befindlichen Gefangenen das Leben, so weit es geht, erträglich gestaltet wird.

In der ... Glasfabrik werden kriegsgefangene Franzosen als Flaschenmacher beschäftigt, die, wie jeder deutsche Glasarbeiter weiß, nicht so ohne weiteres auf deutsche Art und unter deutschen Verhältnissen arbeiten können. Die Flaschenmacher in ... haben nun nicht gegen die französischen Gefangenen Haß und Erbitterung aufkommen lassen, sondern haben die Gefangenen in bester Weise dadurch unterstützt, daß sie ihnen die Arbeit, soweit es geht, erleichterten und sie im Arbeitsverhältnis unterstützten. Das wurde von den französischen Gefangenen in dankbarer Weise anerkannt und der Organisationsleitung der Glasarbeiter in ... wurde folgendes Schreiben überreicht:

An die deutschen Kameraden der ... Glasfabrik!

Während unseres Aufenthalts als Gefangene in der ... Glasfabrik habe ich und meine Schicksalsgenossen die große Liebenswürdigkeit, die uns von seiten des Personals entgegengebracht wurde, in anerkennenswerter Weise empfunden.

Esse wir von hier fortgehen, um in unser Heim zurückzukehren, dem wir durch die Gewalt der Tatsachen und die grausame Notwendigkeit des Krieges, so lange fern waren, möchte ich Ihnen im Namen meiner Kameraden für die freundliche Aufnahme, die wir hier gefunden haben, danken und Sie versichern, daß unsere Erkenntlichkeit dies in bestem Andenken bewahren wird.

Deutsche Kameraden und Kollegen anderer Nationalität! Möge uns das Glück widerfahren, das der Krieg und seine Folgen darstellt, als Lehre dienen, dem wir in Zukunft abhelfen, und das wir vermeiden können, indem wir uns in Gleichheit und Brüderlichkeit die Hände reichen.

Indem wir Euch Kameraden Lebenswohl und besten Dank sagen, ruhen wir alle: Es lebe die Arbeiterinternationale!

Moulat Augustin, Glasarbeiter in Treton (Nordfrankreich).

Das französische Schreiben ist von den Gefangenen sehr schön ausgestattet und bezeugt vor allen Dingen, daß die Flaschenmacher in ... gegen ihre gefangenen Arbeitsbrüder in durchaus edler Weise handelten, und daß der Geist, der die Arbeiter aller Länder umfaßt, nicht tot ist, sondern auch nach dem Kriege weiterleben wird.

Soziale Rundschau.

* Kriegsbeschädigtenfürsorge. Die Landesversicherungsanstalt Baden hat dem Badischen Heimatbund für das Jahr 1916 einen außerordentlichen Beitrag von 10 000 M. mit der Bestimmung überwiesen, daß diese Summe für die Kriegsbeschädigtenfürsorge Verwendung finde.

* Badische Gesellschaft für soziale Hygiene. Wie aus der Reichstagsdrucksache Nr. 446 vom 24. Oktober 1916 zu erhellen ist, hat die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene eine Petition an den Reichstag gerichtet, in welcher um Aufrechterhaltung der Bäderhilfe nach dem Kriege und um strenge Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung von Geschlechtskrankheiten gebeten wird. Die Petition ist der Kommission für Bevölkerungspolitik überwiesen worden.

* Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden zeigte auch im Monat September nach den statistischen Mitteilungen keine wesentlichen Veränderungen gegenüber den Vormonaten. Dem andauernd stark bleibenden Bedarf an männlichen Arbeitskräften der verschiedensten Berufe steht eine Abnahme der Zahl der Arbeitsfindenden gegenüber, jedoch die Nachfrage bei weitem nicht gedeckt werden konnte. Bei der weiblichen Abteilung der Stellenvermittlungen hält sich Angebot und Nachfrage sowie die Zahl der erfolgten Vermittlungen auf der Höhe der letzten Monate. Es tritt immer mehr die Notwendigkeit zutage, an Stelle von fehlenden männlichen Arbeitskräften in Gewerbe und Industrie weibliche Personen zu verwenden.

Gerichtszeitung.

* Karlsruhe, 31. Okt. Vor der Strafkammer kamen heute zwei Goldschmiedsflurangelegenheiten zum Abschluß. Die Ehefrau Berta Jakob geb. Lang war in einer Porzellan-Goldschmiedfabrik beschäftigt und stahl dort in größeren Mengen Goldschmiedsflur. Sie gab diese an ihren Ehemann, den Goldarbeiter Jakob, ab, der sie an seinen Schwager, den Goldarbeiter Rudolf Lang, an den Eisenwerkzeugen Stamer und durch Vermittlung des Fiedlers Franz Wolf an einen Bijoutier verkaufte. Wolf erwarb auch andere Gold- und Silberarbeiten, die aus Diebstählen herührten. Frau Jakob erhielt 3 Jahre Gefängnis, der Ehemann Jakob 2 Jahre Zuchthaus, Stamer 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, Lang 3 Jahre Zuchthaus. Sämtliche Verurteilten verlieren die Ehrenrechte für 5 Jahre, Wolf wurde zu 2 Jahren Zuchthaus und zu 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 2 Wochen bis zu 4 Monaten.

Aus dem Lande.

Bruchsal.

* Eine schwere Gasexplosion ereignete sich in der Wohnung des Malers Vent. Aus bisher noch unbekanntem Zusammenhang explodierte im Wohnzimmer ausformendes Gas, so daß die im Zimmer anwesenden Personen, die Tochter des Malers und der mit Reparaturen beschäftigte Gaswerksarbeiter Schlicher schwere Brandwunden davon trugen. Schlicher erlitt brennend in den Hals, um durch Abstellen des Hauptgases ein größeres Unglück zu verhüten.

* Mannheim, 1. Nov. Die von der Stadt hiesigen Einwohnern kostenlos zur Bebauung überlassenen 2622 Kriegsgärten auf 757 540 Quadratmeter Gelände dürften zusammen in diesem Jahr ungefähr 54 921 Zentner oder 2746 Tonnen Ware ergeben haben, die einen Wert von etwa 395 000 M. darstellen. Rechnet man hinzu die reichlichen Erträge der 1180 Scheuegärten, die 268 485 Quadratmeter umfassen, so kommt man auf ein ungefähres Gesamtertragsvermögen sämtlicher städtischer Kleingärten in Höhe von 530 000 M.

* Kappelrodt, 31. Okt. In der Acker, bei der Jörnischen Geflügelanstalt, wurde die Leiche eines älteren Mannes aufgefunden. Es handelte sich um einen alten Pensionär des Erlenbades aus Straßburg i. E., der wahrscheinlich in der Ackerleiste den Weg verlor und in die Acker geraten ist.

* Albstadt, 31. Okt. Auf der außerordentlichen Generalversammlung des Bingerbierens am Sonntag wurden die Weinpreise festgesetzt. Darnach werden den Mitgliedern für rote Beeren pro Liter 1,50 M. und für Weißwein pro Liter 1,38 M. bezahlt. In den Bingerkeller wurden 6225 Liter an roten Weinen, 14 800 Liter an Weißwein eingeliefert.

* Gailach, 31. Okt. Bei dem Fliegerangriff am 12. Oktober wurde bekanntlich hier ein französisches Flugzeug abge-

schossen. Der Insasse, ein Sergeant, brannte lichterloh, weil das Benzin der Flugmaschine in seinen Pelzmantel eingedrungen war. Den herbeieilenden Bewohnern aus dem nächstliegenden Bauernhofe von Alphonse Winterer (Hilgen), Vater und Söhne, gelang es, die Flammen niederzuschlagen und den Mantel zu entfernen. Besondere Anerkennung verdient hierbei der ältere Sohn, Anstalt, der bei Spinal durch einen Granatschuss ein Bein verlor. Im Wohnhaus, in das der Verwundete hierauf gebracht wurde, begannen Frau und Tochter das Samariterwerk fortzusetzen. Später kam der Sergeant in ärztliche Behandlung.

* Konstanz, 31. Okt. Die Ausfuhr von Tabakfabrikaten im kleinen Grenzverkehr hat eine wesentliche Beschränkung erfahren. Es dürfen nämlich von nun ab pro Tag von männlichen Personen von über 20 Jahren nur noch höchstens 50 Gramm Zigarren oder Zigaretten aus der Schweiz ausgeführt werden. Weiblichen oder minderjährigen männlichen Personen werden auch diese Mengen abgenommen. Die Ausfuhr von Tabak aus der Schweiz war schon längere Zeit nicht mehr gestattet.

Die feindlichen Brüder.

Aus Basel wird geschrieben: In der Nähe von Bostingen wohnt eine Frau, eine Schweizerin von Geburt, die zweimal verheiratet war. Das erste Mal mit einem Deutschen, dem sie zwei Söhne geboren, die in der benachbarten Trompeterstadt Säckingen ihre Jugend verlebten hatten und erzogen worden sind. Als ihr Vater starb, heiratete die Mutter wieder und diesmal einen Franzosen. Auch diesem schenkte sie zwei Söhne. Als nun der Krieg ausbrach, wurden sämtliche vier Brüder zum Militär einberufen. Zwei gingen als Deutsche nach Deutschland und die beiden anderen als Franzosen nach Frankreich. Die vier, die in gutem Einvernehmen gelebt hatten, waren plötzlich „Feinde“ geworden und bekämpften sich zufällig bei Verdun. Sie machten die schwersten Schlächten mit und schrieben sich durch die Mutter als Zwischenstation die brüderlichsten Briefe. Dann fiel ein „Franzose“, ihm folgte der älteste Sohn, ein „Deutscher“, in den Tod. Und die beiden übrigen gebliebenen „feindlichen Brüder“ starben an zwei aufeinanderfolgenden Tagen auf dem Schlachtfeld. Dieser Tage erhielt die Mutter sowohl von der französischen wie von der deutschen Seite die Kunde von dem Verlust ihrer beiden Söhne. — Wie wird die Nachwelt eine solche Tragödie wohl beurteilen?

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 1. November.

* Die Kartoffelversorgung der Stadt Karlsruhe hat in letzter Zeit nie und da gestockt, jedoch in manchen Familien Kartoffelmangel herrschte. Allgemein berichtet auch die Sorge darüber, ob wir im dritten Kriegsjahr bis zur neuen Kartoffelernte durchkommen werden. Die „Karlsruher Zeitung“ behandelt in einem halbamtlichen Artikel die Schwierigkeiten in der diesjährigen Kartoffelversorgung, die hauptsächlich in der Stockung der Zufuhr aus Norddeutschland beruhen. Das Ministerium der Innern hat daher weitere große Mengen von Kartoffeln badischen Ueberflusses verbänden zur schleunigen Lieferung ausgegeben; die Ablieferung dieser Mengen, die nach und nach erfolgen wird, muß bis 20. November 1916 beendet sein.

Durch diese Auflagen in Verbindung mit den aus Norddeutschland zu erwartenden Lieferungen und der erfolgten Einfuhr in die Städte auf Grund des Kartoffelbezugsvereinsverfahrens kann, so heißt es in dem Artikel, der Winterbedarf der Städte als gesichert angesehen werden. Mit größtem Nachdruck wird dahin gearbeitet, noch vor dem Winter möglichst große Mengen aus den norddeutschen Lieferungsgebieten hereinzubringen. Seitens der preussischen Regierung wird die Lieferung der Kartoffeln an die Verbrauchsverbände energisch gefördert. Sollte wider Erwarten die Zufuhr von Kartoffeln aus Norddeutschland vor Eintritt des Frostes nicht in dem erwarteten Umfang erfolgen, wird das Ministerium möglichenfalls weitere Auflagen den badischen Ueberflussesverbänden machen und die von Norddeutschland zu bewerkstelligenden Lieferungen in gesteigertem Maße zur Deckung des Frühjahr- und Sommerbedarfs verwenden.

Wir wollen hoffen, daß es der Fürsorge der verantwortlichen Stellen gelingt, der Schwierigkeiten Herr zu werden, denn wenn wir auch noch Kartoffelmangel bekommen würden, wäre das eine sehr schlimme Sache.

Verbot der Erzeugung von Apfelschwein. Die Erzeugung von Apfelschwein soll im ganzen Deutschen Reich verboten werden. Nach einer dem „Berliner Tageblatt“ gewordenen Auskunft der Reichsstelle für Gemüse und Obst soll dieses Verbot kein vorübergehendes, sondern ein dauerndes sein. Als Ursache wird angegeben, daß die billigen Obstsorten alle für die Erzeugung von Marmelade beschlagnahmt worden sind. Die Kriegsgesellschaft für Weinobstbau und Verteilung hat deshalb an das Kriegs- und Ernährungsamt eine Eingabe um Freigabe der Äpfel zu Kelterzwecken gerichtet. Eine Antwort ist noch nicht erfolgt.

NA. Lebensmittelbeschaffung der Stadt Karlsruhe in der Zeit vom 9. bis 22. Oktober 1916. In der Berichtszeit wurden der Stadtgemeinde von der Badischen Kartoffelversorgung 9015 Zentner Kartoffeln geliefert, außerdem wurden ihr 3967 Zentner mittels Fuhrwerk zugeführt. Diese Mengen reichten für den laufenden Versorgung der Bevölkerung aus, jedoch mit der Zufuhr der als Wintervorrat bestellten Menge noch nicht begonnen werden konnte. — An Fleisch wurden 606 Doppelzentner durch die Metzger abgegeben. Die Schlachtkörper betrug in den beiden Berichtswochen je 220 Gramm. — An Milch hat die Stadt im ganzen 28 561 Liter beschafft. Davon vom Ausland 800 Liter, vom Inland 14 119 Liter und von eigenen Rindern 24 342 Liter. Seit Ende der zweiten Berichtswoche hat die Zufuhr von Milch aus dem Ausland ausgefallen, soll aber demnächst wieder beginnen. — Von der Badischen Butterversorgung hat die Stadt im ganzen 162 Zentner Butter zugewiesen worden, die durch die einschlägigen Geschäfte an ihre Kunden verteilt wurden. — An Eiern wurden 78 799 Stück verteilt; die Zuckermarken wurden mit 3/4 Pfund Zucker wiederum voll eingeliefert.

Besser wurden beschafft und zum größten Teil in Verkauf gebracht: 1576 Kilogramm Walzsaft und Kornsaft, 2310 kg. Heferührer, 2250 kg. Heferührer, 6000 kg. Maisgrieß, 5712 kg. Simmerbrun, 1809 kg. Röhre, 241 kg. Suppenwürfel, 2750 kg. Fischknochen, 3680 kg. Fischmarinaden, 8720 kg. frische Fische. Weiter hat die Stadt 1800 Stück Geflügel eingeliefert und zum Teil

BLB BAD

OTHEK

W-11-1-16/90 **Collegium** T-1 1990

Verantwortlich für Politik, Krieg und Letzte Post: Wilhelm
Koll; für den übrigen Inhalt: Hermann Kadel; für die Inserate:
Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

K

Pfannkuch & Co.
Neu eingeführt:

Fisch-Wurst
(sehr schmackhaft).

Fisch-Fleischwurst
(schmeckt wie Fleischwurst)

ganze Wurst

Pfund 3.40

im Anschnitt

Pfund 3.60

1/4 Pfund 90 Pfg.

Fisch-Streichwurst

ganze Wurst

Pfund 3.40

im Anschnitt

Pfund 3.60

1/4 Pfund 90 Pfg.

Fisch-Blutwurst
(kann von Blutwurst zu unterscheiden)

ganze Wurst

Pfund 2.80

im Anschnitt

Pfund 3.00

1/4 Pfund 75 Pfg.

Einkaufswesen erhältlich in folgenden Verkaufsstellen:

Karl-Friedrichstr.

Georg-Friedrichstr.

Karl-, Ecke

Adamsstrasse,

Krieg-, Ecke

Eisenlohrstrasse,

Kaiser-Allee, Ecke

Yorkstrasse 3409

Mühlburg, Hardtstr.

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.

Für Kinder
bis 2 Jahre.

Wollene Jäckchen M 350

Mäntel 500

Samt-Mäntel 975

Ohne Bezugsschein, da vor dem 10. Juni am Lager. 3401

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstr. 34, 1 Tr.

Schneider-

Nähmaschinen

Waff-Klasse 34 und 102

Vorrat 30 Stück

fast neu

1/3 unter Ladenpreis zu verkaufen. Zeitabnahme gestattet.

Ferner

eine Knopflochmaschine

Gutmann Type I A

1 elektr. Zuschneidemaschine,

Stiche, Stühle und sonstige Schneiderei-Maschinen billig.

Kaiserstrasse 177

1 Treppe. 3406

Grosse Auswahl in Herbst- und Winter-Neuheiten!



Spezial-Haus

für

Herren-, Knaben- und Berufs-Kleidung

Trikotagen

Stöcke :: Schirme

Herren- u. Knaben-Mützen

Kragen :: Manschetten

Krawatten usw. 3420

August Schindel jr.
Durlach

Hauptstraße 88 Hauptstraße 88.

P.T. Palast-Theater P.T.
Herrenstr. 11 Karlsruhe Herrenstr. 11

Größtes, neuestes u. vornehmstes Lichtspielunternehmen am Platze.
Der eigens zu seinem Zweck in massiver Eisenbeton-Konstruktion aufgeführte 9 Meter hohe Theatersaal ist bei feindl. Fliegerangriffen vollständig geschützt.
Zweiggeschäft des Odeon-Theater und Metropol-Theater in Heidelberg.
Besitzer: Friedrich Schulten, Odeon-Palast, Heidelberg.

Neuer Spielplan von Mittwoch, den 1. November, bis einschließlich Freitag, den 3. November.

Alleiniges Erstaufführungsrecht.

Der erste Film der Maria Orska-Serie 1916-1917

"Der Sumpf"
in der Hauptrolle
Maria Orska.

Regie von Max Mack.

Lillis erste Liebe.

Lustspiel in 1 Akt.

Die neuesten Kriegsberichte. Ausserdem das übrige Programm.

Zum gef. Besuche ladet ergebenst ein Fr. Schulten.

Die ruhigeren Nachmittags-Vorstellungen werden dem geschätzten Publikum als besonders genussreich empfohlen. 3498

Drucksachen werden rasch und billig angefertigt in der Buchdruckerei des „Volksfreund“.

Büro-Fräulein

ge sucht,

tüchtig im Maschinenschreiben

und Stenographie. Bewerberinnen wollen sich melden 3408

Stä. t. Arbeitsamt

Jähringerstrasse 100, 3. Stod.

Gesucht

werden

Agenten u. Wiederverkäufer

(auch Damen), nur frohliche

Personen, für vorzüglich. Massen-

artikel. Dauernde Beschäftigung

Offerten unter Nr. 3475 an die

Geschäftsstelle des „Volksfreund“.

Hasen-, Mehe-

u. sonstige Zelle

kauf, soweit beschlagnahmefrei,

zu höchsten Tagespreisen: 3499

M. Kleinberger,

Schwabenstr. 11. Teleph. 885.

Herren- und Damenkleider

farbt rasch 3495

Färberei Firnrohr

Kaiserstrasse 28.

Ausgekämmte Haare

keine getragenen Arbeiten) laßt,

zu höchsten freien Ostar Deater

Haarhandlung Kaiserstr. 32.

Rasier-Klingen

für Sicherh.-App. verb. haarhart

geschliffen. Dtd. 90 Pfg. 2932

Kaiserstrasse 18, Laden.

Der

Wahre Jacob

ist erschienen!



Stuhlflügel

und

Pianinos

von

Bedstein

Blüthner

Grottrian-

Steinweg

Rach.

empfehlen der Mein-

vertreter für Karls-

ruhe und Umgebung

Ludwig Schweisgut

Gastlieferant 778

4 Erbsingstr. 4.

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstrasse 34, 1 Tr.

Plüsch- Garnituren

Krimmer- in bester Ausführung.

Schwarze und farbige Damen

mäntel von M 35.00 an

Damen-, Herren- und

Kinden-Lodenmäntel.

Wasserbichte Ripsmäntel

(besten Wetterstich) M 36.75

Samt- Paletots 52.75 an

Plüsch- 62. — "

Jackenkleider M 28.75 "

Kleiderröcke 7.50 "

Seiden-Blusen 11.75 "

Kindermäntel und Pelerinen

in allen Größen. 3494

Ferner sind noch große Kosten

„bezugsfreie Waren“ die vor

dem 10. Juni am Lager, vorrätig.

Keine Ladenpreise.

Pelze

bekannt billigst

Wilhelmstr. 34, 1 Treppe

Kriegsangehörige Ausnahmepreise. 3321

Residenz-Theater
Waldstr.
Bis einschl.
Freitag
3. November
(Aller Heiligen — Aller
Seelen.)

Erstaufführung!

Die silberne Kugel.

— Vier Akte. —

Ein Abenteuer des

Engelbert Fox

verfasst von

Paul Rosenhagen.

Regie:

Richard Oswald.

Papa Schlaumeler.

Humoreske.

Bumke soll sich

Rauchen abgewöhnen.

Humoreske.

An Dalmatiens herrlichen

Gesladen.

Naturaufnahme.

Neueste Kriegsberichte.

Aktuell. 3493



Stadt. Arbeitsamt

Jähringerstrasse 100, 3. Stod.

sucht fortwährend

kräftige Frauen

für städtische, staatliche und pri-

vate Betriebe bei guten Löhnen.

Anmeldungen haben im Zim-

mer Nr. 19 III zu erfolgen. 3493

Zigarren

zu Fabrikpreisen

das 100 von M 5.80 bis M 10.

Abgabe von 50 St. an.

Musterproben nach auswärt.

von 5 Sorten je 50 St.

auf 250 St. = M 18.90

portofrei Nachnahme.

Peter Eyrich,

Grenzstr. 4, I. 2719

Gebrüder

Scharff

Wir empfehlen:

Bismarck-

heringe

Stück 45 Pfg.

Rollmops

Stück 40 Pfg.

Salzheringe

Stück 38 Pfg.

3497

Regen-
26. 3. 14.
den Postb.

Unter

der „Stran

Jeder

der Krieg

politisch

alle einig

Lösung d

von der

die Haup

durchgefü

darin ha

an die W

Soldaten

Maffen i

Sindenbu

der Krieg

am Sam

wie groß

Schicht d

Kriegsan

Frauen i

nitionsan

schwere

sich vorh

schaffliche

Gilfe im

Regelung

nisse. C

Organis

Robstoff

Protervi

fassung

Pflichten

nahmen

pagholt

maßnah

Nicht

Reichsre

Größe e

mit der

innerlich

ihm vie

wendigt

ung zu

Größe d

zu über

die Qu

nicht zu

gleichm

Doch d

tigt sein

unter d

glaubt,

anderer

gen der

fammi

Lösung

gab der

Tätigke

sich nich

sicht un

Klein

in

schaffen

Kriegs

getraut

ben Ar

strengu

dazu e

fender

Minim

lich ist